

Oktober 2010

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



Rassismus in der Europäischen Union - Frankreich und die Roma



"Roma-Camp" im Kosovo

Mit ca. 12 Millionen Menschen sind die Roma die größte Minderheit in Europa. Jedoch: das Verhältnis zu ihnen ist von Feindseligkeit und Feindbildern geprägt.

Sie werden in vielen Ländern als Fremde angesehen.

Sarkozy schürt seit Monaten alte Ängste und Vorbehalte gegen die Roma, indem ihnen unterstellt wird, sie würden die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden. Er versucht sich damit aus dem Umfrage-tief heraus zu katapultieren.

Die Abschiebungen ohne Einzelfallprüfungen verstossen eindeutig gegen das Recht auf Freizügigkeit, eine der Grundlagen der EU. Bei einem Großteil der von den laufenden Abschiebungen Betroffenen handelt es sich um französische Staatsbürger, die gemäß der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" gar nicht ausgewiesen werden können.

Gegen diese Politik Frankreichs hat am 9. 9. das EU-Parlament eine Resolution beschlossen. Dieses starke Signal, das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit unserer linken Fraktion GUE/NGL, den Fraktionen der Grünen/EFA, der S&D (u.a. SPD) und der ALDE (u.a. FDP) macht deutlich, dass die Abschiebungen tausender Roma aus Frankreich und aus anderen Ländern nicht toleriert werden.

Die wenig in Anspruch genommenen Mittel für die Verbesserung der Lebensbedingungen sprechen für eine scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber den Roma. Für einen richtigen Umgang mit den Roma kann es nur eine gemeinsame europäische Lösung geben. ■

Politischer Zynismus - Das Rückführungsabkommen mit Pakistan

Vor wenigen Wochen stand Pakistan auf Grund der verheerenden Folgen der Überschwemmung im medialen Rampenlicht.

Jetzt ist das Land wieder in den Schlagzeilen. Allerdings ging es nicht um Flutopferhilfe, wie man vermuten könnte, sondern um ein Rückübernahmeabkommen. Demnach können sowohl Pakistani, die sich irregulär in der EU aufhalten als auch Drittstaatsangehörige oder Staatenlose nach Pakistan "abgeschoben" werden. Empörend an der Abstimmung über das EU-Rückübernahmeabkommen ist, dass Pakistan weder die Genfer Flüchtlingskonvention noch andere internationale Abkommen zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnet hat. Damit schiebt man die Menschen in ein Land ab, wo großen Teilen der Bevölkerung der Zugang zu Trinkwasser, Nahrung, Obdach und Gesundheitsversorgung verwehrt ist.

Das EU-Parlament verfügt über ein Mitspracherecht beim Abschluss internationaler Abkommen. Fraglich ist, ob das Parlament tatsächlich seiner neuen Verantwortung gerecht wird, wenn es Abkommen abschließt, in denen die Einhaltung von Grund- und Menschenrechten keine Rolle spielt. Diese Abstimmung ist von besonderer Bedeutung, da sie als Vorlage für weitere Rückübernahmeabkommen der EU dient.

Die Linke lehnt solche verantwortungslosen und menschenverachtenden Entscheidungen ab und wird weiterhin im Parlament für die Einhaltung der Menschenrechte kämpfen. ■



Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Assistentinnen:
Manuela Kropp: +32-(0)228-47660
Adeline Otto: +32-(0)228-37660
Fax: +32-(0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
adeline.otto@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Susann Scholz-Karas
Susanna Karaswanskij
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig im linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de

Büro Chemnitz im Rothaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Europakontaktbüro Bautzen
Seminarstraße 5
02625 Bautzen
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



Oktober 2010

Kurz informiert

Dr. Cornelia Ernst unterstützt die Leipziger Erklärung 2010, um den geplanten Naziaufmarsch am 16. Oktober zu verhindern

<http://leipzignimmtplatz.blogspot.de/>



Treffen der Innen- und rechtspolitischen SprecherInnen in Berlin

Am 22. und 23. September trafen sich die Innen- und rechtspolitischen SprecherInnen der LINKEN aus den Landtagen, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament in Berlin.

Gegenstand der Beratungen war die stärkere Vernetzung der Parlamentsarbeit und der einzelnen Ebenen. Für die europäische Ebene ist besonders wichtig, dass die Landtage zukünftig in die Beratung der EU-Gesetzgebung miteinbezogen werden. Deshalb fordern die SprecherInnen die Bildung von Europaausschüssen in den Landtagen.

Beratung der LINKEN zu Folgen der Kürzungen der Bundesregierung und der geplanten Änderung der EU-Förderpolitik für Sachsen



Am 21. September trafen sich die sächsischen Abgeordneten der LINKEN der Landtagsfraktion, des Bundestages und des Europäischen Parlaments in Dresden zu einer gemeinsamen Fraktionssitzung. Schwerpunkt der Diskussion bildeten die Kürzungspakete des Bundes und Sachsens vor allem bei Sozialleistungen und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft sowie die Umstellung der Förderpolitik der EU. Dazu sagte Dr. Cornelia Ernst: „In der Zeit von 2007 bis 2013 stehen Sachsen 4 Milliarden Euro EU-Fördermittel zur Verfügung, danach droht diese Summe auf ein Drittel zusammenzuschrumpfen. Damit würde Sachsen wie Ostdeutschland insgesamt besonders hart getroffen, da zugleich der Solidarpakt II ausläuft. Deshalb kämpfen

wir für Übergangsregelungen und einer Festschreibung des Fördermitteleinsatzes auf wenigstens zwei Drittel des bisherigen Niveaus. Es ist selbstverständlich auch im Interesse Sachsens und des sozialen Zusammenhalts in ganz Europa, dass besonders armen Ländern in Osteuropa unter die Arme gegriffen wird.“

Ticker: Aktuelles aus Brüssel

Die Männer sind die Hüter der gläsernen Decke - EU-Kommission droht mit gesetzlichen Frauenquoten

In den Führungspositionen der größten deutschen Unternehmen finden sich nur 13% Frauen und hier schneidet Deutschland verhältnismässig gut ab, denn der EU-Durchschnitt liegt bei mageren 11%. EU-Kommissarin für Justiz- und Gleichstellungsfragen, Viviane Reding will, dass in ganz Europa bis 2015 der Frauenanteil auf 30% und bis 2020 auf 40 % in Aufsichtsräten erhöht wird. Sollte sich bis Ende 2011 nichts in die Richtung bewegen, droht sie mit der Einführung einer gesetzlichen Frauenquote.

Europäische Mini-Finanzaufsicht steht

Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit der Einrichtung einer neuen EU-Finanzaufsicht zugestimmt. DIE LINKE. im Europaparlament kritisiert den Kompromiss als unzureichend. Thomas Händel, zuständiger Schattenberichterstatter für die Linksfraktion GUE/NGL: "Das Parlament hat den Weg für eine europäische Lösung der Kontrolle der Finanzmärkte freigemacht. An diesem Ansatz geht kein Weg vorbei. Angesichts der Macht der Finanzindustrie sind gerade die kleineren Mitgliedsstaaten überfordert. Dennoch: Auch mit dieser Aufsicht können Spekulationskrisen noch nicht effektiv bekämpft oder gar verhindert werden. Ausstattung und Personal sind völlig unzureichend. Die 3-Standort-Lösung - London, Paris, Frankfurt - wird eine Barriere für eine wirksame Arbeitsfähigkeit darstellen. Und schließlich entspricht die enge Anbindung an die EZB eher einer Umschulung vom Dieb zum Polizisten".